

Pressemitteilung vom 27.01.2011

Freie Wähler äußern scharfe Kritik an geplanter Stimmkreisreform

Wegfall von Mandaten darf nicht zur weiteren Schwächung Oberfrankens und der Oberpfalz führen

München (do). Die Freien Wähler haben sich auf einer Landtags-Presskonferenz erneut gegen eine Schwächung Oberfrankens und der Oberpfalz in der bayerischen Landespolitik ausgesprochen. Durch den seit vergangener Woche vorliegenden Stimmkreisbericht des Innenministeriums würden die Befürchtungen der Freien Wähler jedoch bestätigt: Sowohl der **Regierungsbezirk Oberfranken als auch die Oberpfalz sollen je einen Stimmkreis verlieren**. Somit sinke automatisch der politische Einfluss beider Bezirke im Landtag.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Freie Wähler Landtagsfraktion, **Tanja Schweiger**, kritisierte die Vorgehensweise der CSU, deren Abgeordnete monatelang im Voraus die Rahmendaten festgelegt hatten. „**Es scheint ein von der CSU ausgekarteltes Spiel zu sein**. Fairer Umgang unter Kollegen sieht anders aus. Auch die **jahrelange Vernachlässigung des ländlichen Raums durch die Bayerische Staatsregierung führt dort zu einem Bevölkerungsrückgang**, so dass als Folge jetzt die Anzahl politischer Mandate angeglichen werden muss.“

Joachim Hanisch, MdL und Innenausschussvorsitzender im Bayerischen Landtag, pflichtet Schweiger bei: „Ich persönlich sehe in der geplanten Wahl- und Stimmkreisreform eine ganz **eklatante Benachteiligung des strukturschwachen ländlichen Raums**. Der Zukunftsrat Bayern, der sich eigentlich für gute Entwicklungsperspektiven des gesamten Freistaats einsetzen sollte, hat diese Gebiete schon so gut wie abgeschrieben - die Bevölkerung vor Ort ist darüber stocksauer. Und **jetzt trifft es ausgerechnet bei der Wahlkreisreform wieder die strukturell schwächsten Regionen Bayerns**. Eine **Wahlkreisreform ist darüber hinaus zum jetzigen Zeitpunkt auch gar nicht erforderlich**, weil die vorliegenden Zahlen auch andere Auslegungen zulassen und wir die Überprüfungszyklen problemlos auf zehn Jahre verlängern könnten.“

Peter Meyer, MdL der Freien Wähler und Vizepräsident des Bayerischen Landtags, betonte, die **verfassungsrechtliche Notwendigkeit sei nicht vorhanden**, Mandate in einzelnen Wahlkreisen zu reduzieren. „Der Gesetzgeber hat hier bewusst große Spielräume eröffnet. **Ich kann nur an alle Abgeordneten aus Oberfranken und der Oberpfalz appellieren: Nehmt Eure Verantwortung für die Region wahr und wendet Euch parteiübergreifend gegen diese Wahlkreisreform!**“

*Genauere Erläuterung siehe auch Seite 2: „Hintergründe – Zahlen & Fakten“

*Hintergründe – Zahlen & Fakten

Die bevölkerungsstarke Region um **Forchheim (107.000 Einwohner)** bekommt eine Stimmkreisgröße im unteren möglichen Bereich von **- 15 Prozent**, wohingegen der bevölkerungsschwache Stimmkreis **Kulmbach-Wunsiedel (158.000 Einwohner)** einen größtmöglichen Stimmkreis von **+ 24 Prozent** (jeweils Abweichung vom Durchschnittsstimmkreis) erhält.

Begründet wird diese Einteilung vom Bayerischen Innenministerium damit, dass die **Bevölkerung Forchheims in den nächsten Jahren prognostiziert zunimmt**, während Nordost-Oberfranken, also die **Region Kulmbach-Wunsiedel, einen prognostizierten, drastischen Bevölkerungsrückgang** zu verkraften hat. So würde sich die Größe der Stimmkreise innerhalb Oberfrankens im Laufe der Zeit ganz **automatisch angleichen**.

Fraglich ist, warum genau diese Vorgehensweise nicht auch in der **Oberpfalz** angewendet wird, denn hier treffen wir die **genau umgekehrte Situation** an: Während **Regensburg (142.000 Einwohner) bevölkerungsmäßig stark wächst**, bekommt die Stadt einen um **+ elf Prozent** größeren Stimmkreis. **Tirschenreuth (102.000 Einwohner)** wird eine negative Bevölkerungsentwicklung prognostiziert und bekommt einen Stimmkreis, der aber bereits jetzt an der Untergrenze von **- 20 Prozent** liegt. Innerhalb der Oberpfalz lässt sich eine Veränderung zugunsten des strukturschwachen Raums erkennen.

Die Freien Wähler fragen sich daher, warum das Bayerische Innenministerium die zwei Regierungsbezirke mit unterschiedlichem Maß misst. Eine klare Linie ist hier jedenfalls nicht erkennbar. Wenn der Gesetzgeber Abweichungen zwischen einzelnen Stimmkreisen von bis zu - 25 Prozent bzw. + 25 Prozent zulässt, stellt sich die Frage, warum zwischen den einzelnen Bezirken überhaupt keine Abweichungen möglich sein sollen.

Pressekontakt:

Der Pressesprecher der **FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION** im Bayerischen Landtag
Dirk Oberjasper, Maximilianeum, 81627 München
Tel.: +49 (0) 89 / 41 26 – 29 41, Dirk.Oberjasper@FW-Landtag.de